

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 69 (1982)
Heft: 16

Artikel: Der neue st. gallische Lehrplan für Realschulen : Stationen einer Reform
Autor: Weiss, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-533637>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

(Das Gesagte gilt für Fernsehen allgemein, ohne Berücksichtigung einzelner Programme.)

3. Fernsehen führt zur Gewöhnung und zu emotionaler Abstumpfung.

Fernsehsendungen erhöhen das Erregungsniveau. Die Kinder werden einmal durch Aufbau und Ablauf einzelner Szenen und Bilder assoziativ berührt, zum andern entstehen durch Identifikation Gefühlseindrücke, die emotionalen Bindungen gleichkommen. Um zu starke Eindrücke und Empfindungen abzuwehren, muss die Reizschwelle erhöht werden. Dies führt zur Gewöhnung und zu emotionaler Abstumpfung Fernsehinhalten gegenüber.

Gewöhnung an Aussagen der Verbraucherbewerbung und an Gewaltdarstellung wirken sich nach meiner Ansicht besonders negativ aus.

4. Fernsehen ersetzt seelisches Leben und die Beziehung zu anderen Menschen.

Je niedriger die soziale Schicht, je schlechter die Beziehungen innerhalb der Familie, und je grösser die persönlichen, seelischen Schwierigkeiten eines Kindes sind, um so mehr und um so wahlloser wird ferngesehen.

Als psychologisch gesichert ist anzusehen, dass hoher Fernsehkonsum nicht hilft, die Lage seelisch labiler oder sozial benachteiligter Kinder zu verbessern. Die Situation dieser Kinder wird sich durch häufiges Fernsehen eher verschlechtern, da ihre Belastbarkeit an sich schon klein ist und sie über wenig innere und äussere Möglichkeiten verfügen, viele Fernseheindrücke zu verarbeiten.

Seelisch labile Kinder sind keine Minderheit, die man vergessen kann.

5. Fernsehen bedeutet Aussenlenkung für ein Kind.

Es gibt Merkmale, die Menschen charakterisieren, die für Medieneinflüsse besonders anfällig sind. Kinder besitzen einen grossen Teil dieser Eigenschaften, d.h. sie sind durch Fernsehen stark zu beeinflussen.

Schon vorhandene feste Einstellungen und Verhaltensweisen können durch ein einmaliges Filmerlebnis zwar nicht dauerhaft verändert werden. Je jünger ein Kind aber ist, und je regelmässiger und länger es in dieselbe Richtung beeinflusst wird, um so stärker werden die Wirkungen auf sein Verhalten, seine Vorstellungen und Wertvorstellungen ausfallen.

Der neue st. gallische Lehrplan für Realschulen – Stationen einer Reform

Josef Weiss

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen setzte auf Beginn des Schuljahrs 1983/84 einen neuen Lehrplan für die Realschulen in Kraft. Damit findet eine beinahe zehnjährige intensive Entwicklungsarbeit ihren Abschluss.

Es dürfte einen breiteren Kreis Lehrkräfte, Eltern und Schulbehörden interessieren, in welchem pädagogischen Umfeld die Lehrplanarbeit stattfand, welche Stationen die Entwicklung durchlief und welche Erfahrungen und Folgerungen aus der Reform gewonnen werden können.

1. Das pädagogische Umfeld der Lehrplanreform

1974 gab der Erziehungsrat des Kantons St. Gallen grünes Licht für die *Oberstufenreform*, welche die ganze Volksschuloberstufe (7.–9. Schuljahr, Sekundarschule, Realschule und Sonderschule) umfasste. Die einzelnen Reformmassnahmen, über die bereits 1976 in dieser Zeitschrift berichtet wurde (Nr. 17, 1976) und die in den letzten Jahren auch zielbewusst realisiert wurden, seien hier nochmals stichwortartig aufgeführt.

Innere Reformmassnahmen

- Strukturierung des Unterrichts in einzelne Bereiche mit speziellen Arbeitsverfahren (Kurs, Kern, Musischer Unterricht, Arbeitslehre usw.)
- Differenzierung des Unterrichts (innere und äussere Differenzierungsformen)
- Erarbeitung neuer Lehrpläne
- Schaffung neuer Lehr- und Arbeitsmittel
- Schülerberatung
- Wahlfachangebot

Äussere Reformmassnahmen

- Bildung von Oberstufenzentren
- Bildung von Oberstufengemeinden als Träger von Oberstufenzentren
- Verfeinerung des Übertrittsverfahrens Mittelstufe–Oberstufe
- Kooperation zwischen den Oberstufenzügen
- Erstellung von Richtlinien und Inventarlisten für den Bau und die Ausstattung von Oberstufenzentren

- Verlängerung und Verbesserung der Oberstufenlehrausbildung
- Einführung eines flexiblen Fachgruppenlehrersystems für Reallehrer
- Vereinigung der Ausbildung von Sekundar- und Reallehrern unter einem Dach (Pädagogische Hochschule St. Gallen)
- Verankerung der Reformmassnahmen in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen («Gesetz für die Volksschule», «Gesetz für die Mittelschulen», «Gesetz für die Pädagogische Hochschule» u.a.)

2. Die Entwicklungsarbeit am st. gallischen Lehrplan für Realschulen

Der chronologische Ablauf der Lehrplanarbeit lässt sich aus folgender Zusammenstellung ersehen:

Zeit	Aktivität	Teilnehmer
Dez. 1973	– Grundsätzliche Referate über den Auftrag der Volksschuloberstufe (Tondeur, Widmer) – Diskussion und Beschluss «Ziele Realschulstufe»	alle Reallehrer des Kantons
1974	– Unterrichtsbereiche – Stundentafel – Wahlfachunterricht	Lehrplankommission, Beizug von Vertretern der Kirchen, der Mädchenhandarbeit und Hauswirtschaft
1975	– anschliessend Vernehmlassung bei den regionalen Arbeitsgemeinschaften	Lehrplankommission und interessierte Kollegen und Mitarbeiter
1975	– Tagung und Beschlussfassung: Form und Gestaltung des Lehrplans	
1975	– Formulierung der Richtziele – Aufstellen der Stoffpläne	Subkommissionen der Lehrplankommission:
1976	– Laufende Behandlung von Teilbereichen (1. und 2. Lesung) in der Lehrplankommission	<ul style="list-style-type: none"> ● Kursunterricht ● Kernunterricht ● Arbeitslehre ● Musischer Unterricht ● Wahlfächer
1977	Redaktion	Lehrplankommission
1977	Überarbeitung aufgrund der Anregungen der Nachbarstufen	Lehrplankommission
1977	Behandlung im Erziehungsrat und Regierungsrat (inkl. Beiträge Mädchenhandarbeit, Hauswirtschaft, Religionsunterricht)	Erziehungsrat Regierungsrat

Zeit	Aktivität	Teilnehmer
1978	Einführungstagung Lehrplan für – Lehrer – Behörden	
Früh- ling 78	Beginn der Vernehmlassungsphase	Lehrerschaft
Herbst 1978	Ausspracheabende unter Leitung der Lehrplankommission in den regionalen Arbeitsgemeinschaften	
1979	– 1. schriftliche Befragung und Auswertung	Lehrplankommission
	– Erarbeitung eines neuen Zeugnisses	Lehrplankommission
1980	1. mündliche Befragung der regionalen Arbeitsgemeinschaften Erarbeitung der «Empfehlungen für den Einsatz des Fachgruppen- lehrers» (erlassen durch den Erziehungsrat)	Subkommissionen
Herbst	2. mündliche Befragung	Subkommissionen
Jan./ Febr. 1981	Fortsetzung 2. mündliche Befragung der regionalen Arbeits- gemeinschaften	Subkommissionen Lehrplankommission
Früh- ling 81	Einholung der Vernehmlassung der Behörden Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse	Lehrplankommission
Herbst 1981	Abschluss der Überarbeitung	Lehrplankommission
	Orientierung der Lehrerschaft	Lehrplankommission
Früh- ling 1982	Behandlung durch den Erziehungsrat und Regierungsrat Druck des Lehrplans	Lehrplankommission Erziehungsrat Regierungsrat
Herbst	Einführungs- bzw. Orientierungstagungen für Lehrkräfte und Orts- und Bezirksbehörden	Lehrplankommission
Früh- ling 83	Inkraftsetzung des Lehrplans	Lehrplankommission
später	Dauernde Überprüfung und Überarbeitung Beginn der periodischen Abgabe von Ergänzungen und Neubearbeitungen	

Feststellungen und Erfahrungen

Aus dem bunten Strauss vielfältiger Erfahrungen werden im folgenden einige herausgegriffen, welche unseres Erachtens von allgemeinem Interesse sind:

● Der *Ablaufplan* mit Zeitangaben und Arbeitsschritten wurde zu Beginn der Arbeit entwickelt und diente als Rahmen mit dem notwendigen Spielraum im Hinblick auf Zeit und Reihenfolge der Arbeiten. Diese Planung als roter Faden durch die ganze Arbeit hindurch

hatte durchwegs positive Wirkung. Man verlor sich in keiner Phase in kleinliche Geplänkel und Streitereien um sekundäre Fragen.

● Der *Ablaufplan* zeigt überdies den *grossen Zeitraum*, den eine Lehrplanreform beansprucht. Bis in den einzelnen Schulen Zielsetzungen, neue Inhalte und besondere Anliegen wirksam werden, verstreichen sechs bis zehn Jahre. Diese Erkenntnis lässt die Kommissionen künftighin mit aller Sorgfalt abwägen, welche allgemeinen Reformpostu-

late im Lehrplan Eingang finden sollen. Es muss vermieden werden, dass «pädagogischen Eintagsfliegen» nachgejagt wird und Lehrpläne demzufolge in zu rascher Folge überholt werden. Dies erregt auch bei den Lehrkräften Misstrauen und Opposition und lähmt ganz allgemein die Bereitschaft zu Innovationen im täglichen Schulalltag.

● Die Lehrplanentwicklung ist – wie wir eingangs gesehen haben – *eines von vielen Reformpostulaten* der st. gallischen Oberstufenreform. Die Lehrplanarbeit wurde immer als Teil eines Konzeptes gesehen, das in seinen Grobkonturen bereits durch den Erziehungsrat, d. h. durch die politische Behörde genehmigt und zur Realisierung empfohlen war. Dies hatte zur Folge, dass gleichzeitig andere Reformvorhaben schrittweise in der Realschule eingeführt wurden: Bildung von Oberstufenzentren, Einführung des Fachgruppenlehrersystems, Aufbau einer neuen Oberstufenlehrausbildung, Vorbereitung und Durchführung von Differenzierungsversuchen und andere mehr. Diese Parallelität der Entwicklungsarbeiten auf verschiedenen Ebenen brachte Vor- und Nachteile. Ein Vorteil zeigte sich vor allem darin, dass erste Einsichten und Erfahrungen z. B. der Arbeit in Oberstufenzentren oder der Differenzierungsversuche in die Lehrplanentwicklung einfließen konnten und damit die Durchlässigkeit der Informationen gewährleistete. Ein Nachteil zeigte sich aber doch bald sehr deutlich: Kaderleute der Realschulstufe hatten ein grosses Mass an zusätzlicher Arbeit im Milizsystem zu leisten.

● Die Lehrplanarbeit basierte auf einer *grundsätzlichen Besinnung, welche Zweck, Ziel, Bestimmung und Zukunft der heutigen Realschule in den Mittelpunkt stellte*. Diese Auseinandersetzung mit den Grundproblemen der Realschule in Form von Vorträgen, Orientierungen und Diskussionen ergaben Grundlage und Motivation für die ganze Lehrplanarbeit. Es hat sich auch als richtig erwiesen, dass Wesen und Zielsetzungen der Realschulstufe von allen Lehrkräften diskutiert und gutgeheissen wurden.

● An der Lehrplanentwicklung waren *von Anfang an ca. 50 Kollegen beteiligt, das sind ca. ein Sechstel der ganzen Reallehrerschaft des Kantons St. Gallen*. Dazu arbeiteten während längerer Zeit Pädagogen, Methodiklehrer und Fachdozenten mit. Dies ergab eine

sehr breite Abstützung der Arbeit; Wünsche und Anregungen der Lehrerschaft konnten in breitem Rahmen laufend in die Arbeit einbezogen werden. Der Vorteil dieser breit gefächerten Arbeit lag wohl in der repräsentativen Zahl von Lehrkräften, die in den einzelnen Etappen mitentschieden. Doch brachte diese Arbeitsweise auch einen grossen Aufwand an organisatorischen Massnahmen und Umtriebe, um stets die Übersicht auf die gegenseitige Abstimmung der Arbeiten zu behalten.

● Wir streuten in unsere Arbeit etappenweise *Vernehmlassungen* bei der ganzen Reallehrerschaft ein. So konnten alle Reallehrer zu den Zielsetzungen, zur Definierung der Unterrichtsbereiche, zur Stundentafel und zur Form des Lehrplans Stellung nehmen. Diese Massnahme gestaltete den Arbeitsverlauf noch komplizierter, gab aber der Lehrplankommission die Gewissheit, auf tragfähigen Prämissen und Grundlagen weiterzubauen.

Hier noch eine Anmerkung zu Vernehmlassungen: Es hat sich eindeutig gezeigt, dass Vernehmlassungen bei Lehrern später Kritik und Opposition verschiedener Kreise nicht ausschliessen, die seinerzeit zugestimmt haben. Sobald die Realisierungsphase in die Nähe rückt und die Neuerungen jede einzelne Lehrkraft betreffen, regen sich Interesse und Engagement – kurz – «es geht dem Lehrer an die eigene Haut». Da können persönliche Meinung und Stimmung plötzlich umschlagen.

● Im Zusammenhang mit den Vernehmlassungen haben wir festgestellt, dass die Ergebnisse der schriftlichen Fragebogen nicht alle jene Grundlagen erbringen, welche für die weitere Bearbeitung des Lehrplans entscheidend sind. Die Lehrplankommission organisierte deshalb Sitzungen mit den regionalen Arbeitsgemeinschaften, in deren Mittelpunkt Befragungen und Gespräche anhand von Kriterienlisten geführt wurden. Besonders wertvoll waren die Hinweise, Vorschläge und Kritiken, welche am Rand des Gesprächs oder zusammen mit bestimmten Fragen zu hören waren.

● Für die Lehrplankommission stellte sich die zentrale Frage: *Zu welchem Zeitpunkt* erarbeitet man die *Stundentafel*? Man kann sie – nach der Zielsetzung des gesamten unterrichtlichen Bemühens – gleich an den Anfang stellen, um damit den Rahmen zu geben, in dem

sich jeder Unterrichtsbereich oder jedes Fach stundenmässig bewegen kann. Es gibt auch die andere Möglichkeit, die harten Diskussionen um die Stundentafel erst am Schluss zu führen, wenn in jedem Fachbereich bzw. Fach die Ziele und Unterrichtsinhalte bekannt sind. Die Argumentation in bezug auf Stundenzahl stützt sich dann eher auf konkrete Sachverhalte und weniger auf Prestige ab. Obwohl der Kommission diese zweite Möglichkeit besser zugesagt hätte, entschieden wir uns für die erste. Es waren arbeitsökonomische Gründe massgebend. Wir wollten trotz aller Nachteile das harte Ringen um die Stunden an den Anfang setzen, um gleich auch die Zustimmung der Lehrerschaft zur Stundentafel einholen zu können. Dies gab für die nachfolgende Arbeit eine entspannte Atmosphäre. Die Subkommissionen konnten anschliessend über längere Zeit hinweg produktiv und speditiv arbeiten, ohne das Damoklesschwert der bevorstehenden Auseinandersetzung um die Stundentafel befürchten zu müssen. Wir liessen zwar die nochmalige Beratung der Stundentafel offen, falls sich das Anbringen von Korrekturen aufdrängen sollte. Dies war aber nicht mehr notwendig, weil jedermann die Schneeballwirkung möglicher Korrekturanträge ermessen konnte.

● Sehr bald zeigte es sich, dass wir in unserer Lehrplankommission viele *Spezialisten* vereint hatten, die in einem der Fachbereiche oder Fächer jahrelang mit grossem Einsatz gearbeitet hatten. Dieser Umstand fand auch den Niederschlag in der Formulierung der Zielsetzungen und der Unterrichtsinhalte. Es entstanden bald einmal Ideal-Lehrpläne, die für den durchschnittlichen Reallehrer zu anspruchsvoll waren. Hier mussten die entsprechenden Korrekturen angebracht werden. Dies liess sich nicht ohne Spannungen und Konflikte bewerkstelligen.

● Zu unserer Kommissionsarbeit luden wir auch *Mitarbeiter und Spezialisten* ein, die an bestimmten Verhandlungen teilnahmen (z.B. Stundentafel, Unterrichtsbereiche, Form des Lehrplans, Überarbeitung usw.). Es waren dies die Vertreter der beiden Kirchen (Leiter der katechetischen Arbeit), die Vertreterinnen der Mädchenhandarbeit und der Hauswirtschaft (Inspektorinnen) und auch fachwissenschaftliche Berater, welche die Lehrplaninhalte auf ihre sachliche Richtigkeit und auf

eine wesensgemässe Stoffauswahl überprüften. Die Zusammenarbeit mit diesen Zuzügern hat sich als sehr notwendig und fruchtbar erwiesen.

● Zu ausgedehnten Diskussionen führte die Frage nach dem *Verhältnis von Vorschrift und Freiheit*, vor allem: Wie weit soll der Lehrer die Unterrichtsinhalte selbst auswählen können. Sowohl die «totale Freiheit» mit der Vorgabe weniger allgemeiner und wenig aussagekräftiger Themenbereiche wie auch die detailliert in kleine Einheiten zergliederte Aufreihung von Stoffen mit genauer Angabe von Lektionseinheiten fanden bei den Reallehrern keine Zustimmung. Die Reallehrer wollten ein grosses Mass an Freiheit für die Stoffauswahl und die zeitliche Ausdehnung von Unterrichtseinheiten behalten. Damit fällt der Reallehrerausbildung die Aufgabe zu, die zukünftigen Oberstufenlehrer in besonderem Masse mit der Problematik der Stoffauswahl und der Planung insgesamt vertraut zu machen. Als Rahmen wurde verbindlich festgelegt:

- Auflistung aller Unterrichtsinhalte, aus welchen ausgewählt werden kann (mit Teilthematika)
- Festlegung der Inhalte, welche verbindlich sind (wenige zentrale Fertigkeiten und Inhalte in jedem Fach)
- Klare Aufteilung der Inhalte auf die drei Oberstufenschuljahre

● Auch in die *Entscheidung über die Form des Lehrplans* wurden die Reallehrer einbezogen. Anfänglich bestand der Wunsch, den Lehrplan umfangmässig möglichst knapp zu halten. Im Verlauf der Lehrplanerarbeitung aber wollte man das Angebot an Inhalten detaillierter aufführen, auch im Hinblick auf die Junglehrer, welche sich in die verschiedenen Stoffgebiete einarbeiten müssen. Was bietet der neue Lehrplan?

- allgemeine Bildungsziele
- die besonderen Ziele der Realschule
- Hinweise für die Unterrichtsgestaltung
- Umschreibung der Unterrichtsbereiche und deren Unterrichtsverfahren
- Stundentafel
- für die einzelnen Unterrichtsbereiche
 - Beschreibung des Unterrichtsbereiches (z.B. Kursunterricht)
 - Richtziele
 - Hinweise für die Stoffverteilung
 - Stoffvorschläge zur Auswahl

- zur Orientierung
- Lehrpläne für Religionsunterricht, Arbeitsschule und Hauswirtschaft

- Vorschläge für Literatur zu den einzelnen Unterrichtsbereichen (inkl. Lehrmittel)

Wir verzichteten darauf, für die Inhalte Lernziele zu formulieren, weil wir der Auffassung sind, dass diese zentrale Vorbereitungsarbeit für den Unterricht in den Verantwortungsbereich des einzelnen Reallehrers gehört.

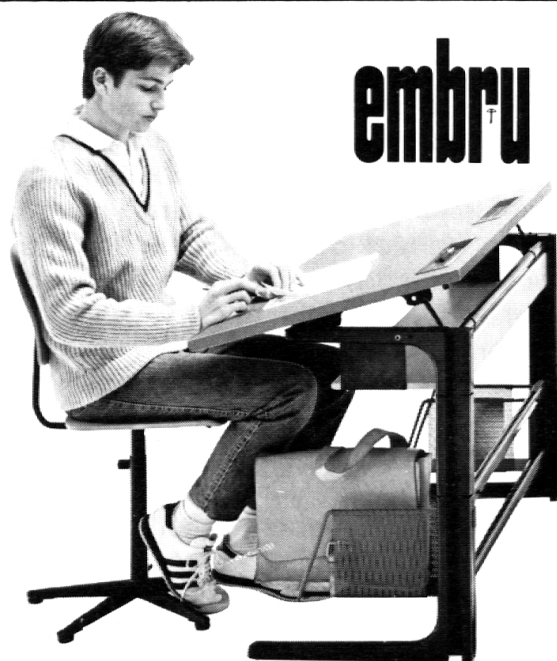
● Entscheidend scheint uns auch, wie der *Lehrplan eingeführt* und die Reallehrer mit den Anliegen und Inhalten vertraut gemacht werden:

- Wir entschieden uns dafür, den provisorischen Lehrplan als Ganzes (nicht tranchenweise) abzugeben. Damit konnte sich der Reallehrer ein Bild über all das machen, was er in seinem Unterricht zu ergänzen, zu ändern oder neu zu planen hatte.
- Die Einführung erfolgte stufenweise: 1978 für die erste Klasse, 1979 für die zweite Klasse und 1980 für die dritte Klasse.

- Nach den regional organisierten Einführungstagungen bauten wir das gründliche Vertrautmachen mit dem neuen Lehrplan in die zehnwöchigen Weiterbildungskurse ein, welche alle Reallehrer des Kantons St. Gallen in den Jahren 1978–1982 zu absolvieren hatten (Weiterbildung zum Fachgruppenlehrer, gleichzeitig mit der Einführung der neuen Kompakt-Ausbildung der Reallehrer). An diesen Weiterbildungskursen wurden Unterrichtseinheiten durchgearbeitet und neue Inhalte und Lehrgänge mit den entsprechenden Lehr- und Arbeitsmitteln vorgestellt. Diese einmalige Gelegenheit zur Lehrpläneinführung wurde in der ganzen Reallehrerschaft positiv aufgenommen.

- An verschiedenen Tagungen wurden die Schulbehörden in den Lehrplan eingeführt. Auch diese Massnahme klärte Missverständnisse und trug wesentlich zur guten Aufnahme des Lehrplans bei.

- Der neue Lehrplan gab auch Anlass zu einer breiten Orientierung der Öffentlichkeit über



embru

16°

Von Ergonomen gefordert

Von Ärzten empfohlen

Von Embru verwirklicht

Ein flexibles Tisch-System für alle Schulstufen, mit der für die korrekte Sitzhaltung notwendigen Platten-Schrägstellung von 8° **und** 16°. Mit stufenloser Höhenverstellung von Tischen und Stühlen, körpergerechten Formen und Materialien und angenehmen Farben. Umbau-, anbau-, verkett- und elektrifizierbar. Verlangen Sie den instruktiven Farbprospekt und besuchen Sie die Ausstellung in Rüti.

Neu: Embru Tisch-System 2000

Embru-Werke, Schulmöbel
8630 Rüti ZH, Telefon 055/31 28 44

Kompetent für Schule und Weiterbildung

ETS 2/82

Zielsetzung und Unterricht der Realschule. In verschiedenen Zeitungsartikeln wurde die Realschule mit ihren Besonderheiten vorgestellt. Die Eltern der Realschüler wie auch Vertreter der Industrie begrüßten diese breite Information.

Der Lehrplan erscheint als Ringordner. Damit ist auch von der Form her gegeben, dass partielle Revisionen jederzeit möglich sind.

Quellen

Lehrplan für die Realschulen des Kantons St. Gallen, St. Gallen, 1982

Weiss J. «Stellenwert und Einordnung des hauswirtschaftlichen Unterrichts im gesamten Bildungsbereich» in Dubs R.

«Thesen und Modelle zum Hauswirtschaftsunterricht», Studien und Berichte des IWP, Heft 2, 1981

Weiss J. «Reform der Volksschuloberstufe im Kanton St. Gallen» in «schweizer schule», Heft 17, 1.9.1976.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Erziehungsdirektorenkonferenz beantragt Gymnasialreform

Die Erziehungsdirektoren beantragen dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) eine Teilrevision der Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV). Längerfristig halten sie eine Totalrevision der MAV für notwendig. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hielt in St. Gallen im Beisein von EDI-Chef Bundesrat Hans Hürlimann ihre ordentliche Jahrestagung ab, die insbesondere der Gymnasialreform gewidmet war.

Die Teilrevision der MAV, wie sie die Erziehungsdirektoren beantragen, soll kurzfristige Probleme wie Regelung des gebrochenen Bildungsgangs, (Anschluss an die Sekundarstufe I), Erwachsenenmatura und Fächerkatalog betreffen. Längerfristig möchte die EDK Vorarbeiten für eine Totalrevision leisten. Das Ziel wäre eine Rahmenverordnung, die ohne Aufgabe der Allgemeingültigkeit und des Niveaus des Maturitätszeugnisses den Kantonen und Schulen mehr Freiheitsraum verschaffen soll. Die Erziehungsdirektoren versprechen sich von einer solchen Massnahme «motivierte Lehrer und Schüler für einen vertieften und intensivierten Gymnasialunterricht».

SZ: Aufhebung von «Zwergschulen»?

Adalbert Kälin, der Schwyzer Sachbearbeiter für Schulstatistik, erwartet einen weiteren Rückgang der Schülerzahlen und schreibt dazu: «Die Detailzahlen für den Kanton Schwyz zeigen bis 1985 eine weitere Abnahme der Primarschülerzahlen. Allein für das Schuljahr 1985/86 werden in allen sechs Primarschulklassen rund 1000 Schüler weniger ausgewiesen als im Schuljahr 1981/82. Das führt im Kanton Schwyz dazu, dass einige kleine Schulorte um

ihre Schule bangen müssen, an andern Orten werden Klassenzusammenlegungen oder Klassenaufhebungen die Folge sein. Auch in den Oberstufenschulen (Sekundar-, Real- und Werkschulen) wird in den nächsten Jahren ein Schülerrückgang ausgewiesen. Im Schuljahr 1985/86 werden wir rund 500 Sekundarschüler weniger haben als im Jahre 1981/82. Die abnehmenden Schülerzahlen werden sich – etwas in verlangsamer Form – auch in den Mittelschulen zeigen. Für das Lehrerseminar weist die Prognose eher eine Stabilisierung der Schülerzahlen aus.»

SZ: Sorgen wegen der hohen Schulkosten

Der Kostenexplosion im Schulbereich müsse Einhalt geboten werden. Zu dieser Meinung bekannten sich die Bezirksammänner aller sechs Bezirke des Kantons Schwyz. An einer Zusammenkunft in Schwyz befassten sich die Bezirksammänner auch noch mit den Übertrittsregelungen von der Primarschule in die Oberstufe. Ein kleiner Ausschuss bringt nun die Ergebnisse der Zusammenkunft zu Papier; danach sollen diese Anliegen mit dem Erziehungsdepartement und dem Erziehungsrat besprochen werden. Die Bezirksammänner beschlossen zudem, sich künftig regelmässig zur Diskussion gemeinsamer Probleme zu treffen.

OW: Gemeinden gegen zehntes Schuljahr?

Die Einführung eines freiwilligen zehnten Schuljahres in Obwalden wäre Sache der Gemeinden, der Kanton könnte nur koordinierende Beihilfe leisten. Dies erklärte Erziehungsdirektor Alfred von Ah bei der Beantwortung einer Interpellation Kiser im Obwaldner Kantonsrat. Seinen Ausführungen zufolge stehen die Chancen für die Einführung des zehnten